

Arbeit im Puff „mensenunwürdig“

Prostitution Jurist, Polizist und zwei Abgeordnete des Bundestags klagen bei einer Debatte in Gmünd an, dass die Prostitution in Deutschland nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Von Cornelia Villani

Schwäbisch Gmünd

Puff oder Würde – unter dieser Überschrift fand am Mittwoch die Gmünder Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Prostitution statt. Gefragt wurde ein prominent besetztes Podium, ob der Geist des Grundgesetzes damit zusammenpasst, wie mit Prostitution in Deutschland umgegangen wird. Nein, lautete die Antwort.

„Da geht etwas kaputt in der Gesellschaft.“

Leni Breymaier,
Bundestagsabgeordnete

Schon zu Beginn kam kein Zweifel auf, um was es hier ging. Auf der Bühne schien eine junge Frau ein kleines Kind in Armen zu halten, mit dem sie glücklich scherzte. In der nächsten Szene schrieb die Frau ihrer Tochter, dass sie gut angekommen sei, bei dem Mann, den sie liebt. „Bild holen wir dich nach.“ Dann zeigte Darstellerin Anja Meinhardt einen wilden, verzweifelten Tanz, an dessen Ende die Frau in Pumps und Minikleid auf der Bühne stand und jemanden mit Grabesstimme begrüßte: „30 Euro, ein Fick.“

Die Würde bleibt auf der Strecke

„Mir fällt es nicht leicht, jetzt weiterzuziehen“, sagte Gmünder Bürgermeister Julius Mihm. Zusammen mit dem Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, der Frauen-Union Schwäbisch Gmünd und Ostalb hatte die städtische Stabsstelle für Chancengleichheit zur Debatte geladen.

Der Einladung folgten waren zwei Abgeordnete aus dem Bundestag: Leni Breymaier, SPD-Abgeordnete für Aalen-Heidenheim, und Elisabeth Winkelmeier-Becker, CDU-Mitglied im



Darstellerin Anja Meinhardt zeigte beim Internationalen Tag gegen Prostitution im Gmünder Prediger, wie grauvoll der Alltag der Frauen ist. Foto: tw

Kreis Rhein-Sieg. Außerdem waren Kriminaloberarzt a. D. Helmut Sporer aus Augsburg dabei und Professor Dr. Ulrich Rommelfanger.

„Die Frauen machen alles“

„Die typischen Prostituierten sind junge Frauen mit geringem Bildungsstand, ohne Deutschkenntnisse, fremdbestimmt und unter großem Druck“, sagte Polizist Sporer. Für Wuchermieten von bis zu 200 Euro am Tag „machen sie alles“. Die Frauen würden vermarktet. „Die Ausmaße sind nicht vorstellbar, das ist dramatisch schlimm.“ Zwei bis fünf Prozent seien Prostituierte, die

selbstbestimmt arbeiten, „das ist die absolute Ausnahme“. Normalerweise stecke Zwang oder Armut dahinter.

Professor Rommelfanger hatte zuvor zwei Gesetze erläutert, mit denen der Bund Verbesserungen für Prostituierte habe schaffen wollen. 2002 erklärte ein Gesetz Prostitution zum Beruf und machte die Frauen – „nur fünf Prozent sind Männer“ – sozialversicherungspflichtig. Zuvor sei ihre Tätigkeit als sittenwidrig bezeichnet worden.

Statt zu verbessern, habe das Gesetz alles verschlimmert: „Die Bordellbetreiber haben Arbeitgeberfunktion erhalten“, sagte

Sporer, für die Polizei seien die Möglichkeiten deutlich schwieriger geworden. Rommelfanger bestätigte, dass sich Prostitution schlaghaft ausgebreitet hätte, „weil ja jetzt alles legal ist“.

2017 habe der Bundestag mit dem Prostitutionschutzgesetz nachbessern wollen. Nun gab es eine Anmeldepflicht samt jährlicher gesundheitlicher Beratung. Doch den Zahlen nach seien 2018 rund 32000 Frauen gemeldet worden, 2019 knapp 40000. „Man geht aber von 400000 Prostituierten in Deutschland aus und von einer Million Freiern an Tag“, so Rommelfanger.

Der Jurist legt im Januar zu-

sammen mit der Ethikprofessorin Elke Mack eine Untersuchung vor, die erklärt, dass der Alltag der Prostituierten in Deutschland menschenunwürdig und nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Er werde sein Gutachten an alle Abgeordneten im Bundestag verteilen. Sein Ziel sei, dass das Bundesverfassungsgericht mit Hilfe einer abstrakten Normenkontrolle die beiden Gesetze aufhebe. Und Deutschland ein Gesetz nach nordischem Vorbild erhält, nach dem der Freier bestraft wird.

Kein Gewinnerthema

Es ist verdammt schwer, dafür eine Mehrheit zu bekommen“, schilderte Winkelmeier-Becker, „das ist kein Gewinnerthema“. Doch allen müsse klar sein, dass jeden Tag Frauen geschändet und besudelt würden. „Das hält keine Vagina, kein Anus und kein Kniegelenk aus.“ Elke Heer, städtische Chancengleichheitsbeauftragte, fragte Leni Breymaier, was man vor Ort tun könne. „Sprechen Sie darüber“, forderte die Abgeordnete das Publikum auf, „und machen Sie Ihren Abgeordneten Druck“. Zum Thema gebire auch die starke Verbreitung von Pornografie: „Da geht etwas kaputt in der Gesellschaft.“

Dass selbst die Deutsche Aids-Hilfe und Amnesty International gegen die Bestrafung von Freiern sei, mache es sehr schwierig. Die Institutionen hätten Sorge, dass Prostitution zur Schattenwirtschaft wird. Joschi Moser, Leiter der Gmünder Aids-Hilfe, erklärte, warum sein Verein als einziger für das nordische Modell sei: „Weil Frauen als Ware betrachtet werden.“

Ein Zuschauer klagte in der Fragerunde, dass die Polizei zu wenig oder gar nichts mache. Darauf sprach Simone Bader aus dem Publikum. Die Richter aus Augsburg erklärte, wie aufwendig und teuer schlagkräftige Ermittlungsarbeit sei.